

Dienstag (Vormittag), 4. Juni 2019 / Mardi matin, 4 juin 2019

Grosser Rat / Grand Conseil

**13 2018.RRGR.551 Parlamentarische Initiative 187-2018 Vanoni (Zollikofen, Grüne)
Klimaschutz als vordringliche Aufgabe in der Kantonsverfassung verankern**

**13 2018.RRGR.551 Initiative parlementaire 187-2018 Vanoni (Zollikofen, Les Verts)
La protection du climat : une tâche prioritaire à inscrire dans la Constitution cantonale**

Präsident. Wir kommen zu Traktandum 13, einer parlamentarischen Initiative. Diese wird vom Präsidenten der BaK hier vertreten. Ich erteile Grossrat Klauser das Wort, wenn man ihn noch rasch anmeldet.

Daniel Klauser, Bern (Grüne), Kommissionspräsident der SAK. Ich denke, die Diskussion, die wir beim vorangehenden Traktandum geführt haben, hat es gezeigt: Der Klimawandel ist eines der drängendsten Probleme unserer Zeit. Er ist eines der Probleme, die man nicht in einem oder zwei Jahren gelöst haben wird. Wir haben von Peter Dütschler gehört, dass dieser optimistisch sei und dass der Klimawandel zu jenen Problemen gehöre, die wir lösen könnten. Aber die Lösung dieses Problems wird uns während Jahrzehnten beschäftigen.

Um es vorwegzunehmen: Die BaK ist deshalb der Meinung, dass es angezeigt ist, den Klimaschutz explizit in der Verfassung zu verankern. Wie sieht das weitere Vorgehen aus, wenn Sie heute beschliessen, diese parlamentarische Initiative vorläufig zu unterstützen? Dies würde Arbeit für die Kommission und für die Parlamentsdienste bedeuten. Dann würde nämlich die Kommission in Zusammenarbeit mit den Parlamentsdiensten eine Vorlage ausarbeiten und dem Grossen Rat Antrag stellen. Wir haben eine Frist von zwei Jahren, um einen Antrag einzureichen. Das heisst, bis zum 3. September 2020 muss die BaK dem Grossen Rat Antrag stellen. Da es sich hier um eine Verfassungsänderung handelt, würde man auch ein Vernehmlassungsverfahren durchführen, sodass sich alle Interessierten zu diesem Vorschlag äussern könnten.

Die Kommission hat bei der Ausarbeitung dieser Vorlage einen grossen Spielraum: Sie kann entweder die Vorlage in der vorliegenden Form, also den ausformulierten Verfassungsartikel, telquel übernehmen und dem Grossen Rat entsprechend Antrag stellen. Sie kann aber auch Änderungen zu diesem Vorschlag beantragen, oder sie kann eine eigene Vorlage ausarbeiten. In der bisherigen Beratung, die wir durchgeführt haben, hat sich die BaK nicht mit dem Text im Detail befasst, sondern sie hat die Grundsatzfrage geklärt, ob wir als Kommission der Meinung sind, dass es einen Klimaschutzartikel in der Verfassung braucht. Es hat sich in dieser Diskussion auch gezeigt, dass der ausformulierte Vorschlag, wie er jetzt vorliegt, wohl nicht in allen Punkten von der Kommission unterstützt werden wird. Deshalb ist es ziemlich wahrscheinlich, dass die Kommission entweder den Vorschlag mit Änderungen vorlegen oder eine eigene Vorlage ausarbeiten wird, wenn Sie die vorläufige Unterstützung beschliessen.

Die vorläufige Unterstützung ist somit keine Zustimmung zum Text, wie er in der parlamentarischen Initiative steht, sondern man sagt damit aus, dass man der Meinung ist, dass es einen Klimaschutzartikel in der Verfassung braucht. Es ist sehr wichtig, dies zu differenzieren. Die vorläufige Unterstützung besagt folgendes: «Ja, es braucht einen Klimaschutzartikel in der Verfassung». Es heisst nicht, dass der Text zwingend so sein muss, wie er in der parlamentarischen Initiative steht. Es geht insbesondere um die Formulierung des Absatzes 5. Dieser hat in der Kommission zu Diskussionen Anlass gegeben; es waren nicht alle ganz glücklich damit.

Die BaK ist der Meinung, dass es einen Klimaschutzartikel in der Verfassung braucht, und sie ist gerne bereit, einen solchen auszuarbeiten. In diesem Sinne empfiehlt Ihnen die BaK mit 12 zu 3 Stimmen, diese parlamentarische Initiative vorläufig zu unterstützen.

Präsident. Sie können sich jetzt anmelden. Die Liste ist offen. – Als Erstes hat Ueli Frutiger für die BDP das Wort.

Ueli Frutiger, Oberhofen (BDP). Die BDP-Fraktion unterstützt mehrheitlich das Anliegen der parlamentarischen Initiative. Der Klimaschutz muss irgendwo in der Verfassung verankert werden. Ob das, was jetzt vorliegt, der richtige Weg ist, ist eine andere Frage. Wir fragen uns, ob der Klimaschutz noch an einen bestehenden Artikel angefügt werden soll. Gerade weil es eine parlamentarische Initiative ist, wäre dies ja durchaus möglich. Wir haben es vorhin vom Kommissionspräsidenten gehört. Aus diesen Gründen gewähren wir die vorläufige Unterstützung und sind gespannt auf das, was bei der Diskussion herauskommt.

Präsident. Wir ziehen den Initianten vor. Ich habe dies vorhin vergessen. Tut mir leid. Bruno Vanoni hat das Wort.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Ich spreche als Initiant, aber auch gleich auch als Sprecher der grünen Fraktion. Im Unterschied zur Erklärung, die wir vorhin beschlossen haben, wurde eine andere parlamentarische Initiative schon im letzten September eingereicht, das heisst, bevor die Klimastreiks losgingen. Diese parlamentarische Initiative wurde durch den Hitzesommer 2018 ausgelöst und erfolgte im Rahmen eines Vorstosspakets der grünen Fraktion. Der zweite Auslöser war für mich das Jubiläum der bernischen Kantonsverfassung. Im letzten Sommer war es 25 Jahre her seit dem Volksentscheid für die neue Verfassung. Die neue Verfassung, die jetzt noch gilt, wurde damals auch von einer Kommission des Grossen Rates ausgearbeitet, und nicht von einem Verfassungsrat, wie dies ursprünglich vorgesehen war, aber vom Volk abgelehnt wurde. Man kann also sagen, es entspricht dem Volkswillen, dass wir hier im Grossen Rat selber neue Verfassungsartikel ausarbeiten. Deshalb habe ich die Form der parlamentarischen Initiative gewählt.

In seiner Botschaft, die der Bundesrat 1993 zur Gewährleistung der neuen Berner Verfassung geschrieben hat, hat er dem Parlament mitgeteilt, es könne davon ausgegangen werden, dass im Rahmen einer Aufzählung der öffentlichen Aufgaben in dieser neuen Verfassung alle wesentlichen Tätigkeitsbereiche von Kanton und Gemeinden aufgeführt würden. Aus heutiger Sicht, ein gutes Vierteljahrhundert später, ist dieser Aufgabenkatalog nicht mehr ganz vollständig. Dies ist auch verständlich: In den späten 1980er-Jahren, wo die Arbeiten an der neuen Berner Verfassung begannen, war der Klimaschutz noch kein grosses Thema. Das Thema kam erst langsam auf, vor allem auch auf internationaler Ebene, als Thema, welches vor allem die Bundespolitik und die schweizerische Aussenpolitik beschäftigt hat. So richtig angekommen ist das Thema erst mit dem Erdgipfel von Rio 1992. Da war die bernische Verfassung schon weitgehend geschrieben und zu einem grossen Teil vom Grossen Rat bereits beschlossen.

Bei der Ausarbeitung der neuen Kantonsverfassung war der Klimaschutz somit noch kein grosses Thema, aber heute wird er als vorrangige und vordringliche Aufgabe weitherum wahrgenommen, auch hier im Grossen Rat, wie wir dies mit dem selten verwendeten Instrument der Erklärung vorhin zum Ausdruck gebracht haben. Ich habe in der Begründung der parlamentarischen Initiative deshalb die Aussage gewagt: Wenn die bernische Kantonsverfassung heute im selben Geist und mit demselben Anspruch auf Vollständigkeit wie vor 25 Jahren formuliert würde, dann wäre eine ausdrückliche Erwähnung des Klimaschutzes wohl eine Selbstverständlichkeit. Dies zeigt auch ein Blick in andere Kantone: In der Genfer Kantonsverfassung, einer der jüngsten in der Schweiz, gibt es einen eigenen Klimaartikel, ergänzend zu verschiedenen Bestimmungen zum Umwelt-, Natur- und Heimatschutz. Im Kanton Appenzell Ausserrhoden, wo jetzt die jüngste Bestrebung zur Totalrevision der Kantonsverfassung im Gange ist, hat sich die eingesetzte Verfassungskommission Ende April mit klarer Mehrheit für die Aufnahme eines Klimaartikels ausgesprochen. Mit diesem Artikel soll ausdrücklich anerkannt werden, dass dieses Problem besteht und menschengemacht ist. Es soll eine bessere Grundlage für Massnahmen zur Eindämmung des Klimawandels geschaffen werden. Das Beispiel von Appenzell Ausserrhoden zeigt übrigens, dass ein Klimaartikel in der Kantonsverfassung nicht einfach nur ein grünes Steckenpferd ist. In der Verfassungskommission von Appenzell Ausserrhoden sind die Grünen nämlich gar nicht vertreten; die Idee muss somit von anderer Seite eingebracht worden sein.

Es hat mich gefreut, dass dieses Anliegen jetzt in der BaK eine so grosse Mehrheit gefunden hat. Es ist mir klar, dass die BaK auch das Recht hätte, den angestrebten Verfassungsartikel anders als von mir vorgeschlagen zu formulieren, wenn die vorläufige Unterstützung beschlossen würde. Ich habe mich bei meinem Entwurf stark an den historischen Klimavertrag von Paris angelehnt, der von der Schweiz ohne Vorbehalt genehmigt wurde. Aber natürlich kann die BaK sich bei der Formulierung auch an etwas anderem orientieren, zum Beispiel an der Gletscherinitiative für ein gesundes Klima, für die im Moment die Unterschriftensammlung läuft. Innert Monatsfrist wurde ein Drittel der

benötigten Unterschriften bereits gesammelt und eingeschickt. Die BaK kann somit aus meinem Entwurf durchaus so etwas wie eine kantonale Gletscherinitiative machen. Ich bitte Sie darum, mit einem Ja zur vorläufigen Unterstützung grünes Licht zu geben, und der BaK den anspruchsvollen Auftrag zu erteilen, einen Klimaartikel auszuarbeiten, der auch gut in die bernische Kantonsverfassung hineinpasst, die vor 25 Jahren als vorbildlich gerühmt wurde.

Präsident. Als Nächstes spricht Grossrätin Hässig für die SP-JUSO-PSA-Fraktion.

Kornelia Hässig Vinzens, Zollikofen (SP). Der zweite Streich folgt sogleich. Dass in der vorangehenden Debatte niemand ernsthaft den Klimawandel angezweifelt hat und diese Erklärung so klar angenommen wurde, macht mir Mut. Wir können uns jetzt erst einmal ohne SVP auf den Weg machen, aber wir müssen sie irgendwann ins Boot holen. Die parlamentarische Initiative ist deshalb ebenso wichtig wie die Erklärung des Grossen Rates. Mit dieser Initiative lancieren wir jetzt die gesellschaftliche Auseinandersetzung, denn der noch zu erarbeitende Text muss dann vors Volk. In der Verfassung steht geschrieben, dass wir Mensch und Umwelt vor schädlichen und lästigen Einwirkungen schützen müssen. Die Klimaerwärmung ist mehr als nur schädlich: Sie ist eine grosse Bedrohung. Es ist unsere Aufgabe in diesem Rat, unserer Verfassung Nachachtung zu verschaffen. Wir können nicht schwänzen! Das ist es doch: Die Schülerinnen streiken, weil wir hier drin unsere ureigensten Hausaufgaben nicht machen. Ja, wir könnten handeln, und wir müssen handeln. Nicht die Ausländer sind die Ursache für die Klimaveränderung, sondern wir mit unserem hohen Verbrauch an fossilen Energien, weil wir Auto fahren, weil wir mit Heizöl heizen, oder weil wir ins Flugzeug steigen. Wozu aber ein neuer Verfassungsartikel, wenn wir doch schon jetzt handeln könnten? Gerade deshalb, weil es die gesellschaftliche Debatte jetzt braucht. Es braucht einen gesamtgesellschaftlichen Aufbruch. Es braucht jetzt endlich klare Worte, klare Bekenntnisse und vor allem konkrete Massnahmen. Dies ist nicht Wahlpropaganda; vielmehr müssen wir schlicht und einfach Farbe bekennen. Wir müssen gemeinsam am selben Strick ziehen. Sonst kommen wir nirgends hin, wie wir beim Energiegesetz gesehen haben. Ich bin froh darum, dass ich auch klare Worte aus der Ecke der FDP gehört habe. Eine Verfassungsänderung gibt uns die Gelegenheit, einen gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen. Die Politik, die Wirtschaft und die Bevölkerung müssen gemeinsam handeln, und zwar jetzt. Wir tragen alle Verantwortung. Mit dieser Verfassungsänderung schaffen wir die Möglichkeit, dass sich alle Akteure dazu äussern können. Dies ist wichtig. Es gibt zum Beispiel kein Recht aufs Fliegen, und das Fliegen ist auch kein Konsumartikel, den man wie Toilettenpapier täglich nutzen soll. Auch die Banken haben keinen Freipass, das Klima schamlos zu schädigen. Vielleicht sollten wir in diesem Rat während der nächsten zehn Jahre in erneuerbare Energien investieren, anstatt Strassen zu bauen. Es gibt Lösungen, es gibt Alternativen. Eine andere Gesellschaft ist möglich, und definitiv nicht schlechter. Wir können jetzt aktiv alles in die Hand nehmen. Wenn nicht, werden wir wohl in zehn Jahren definitiv den Notstand ausrufen.

Denken Sie daran: Die Erde braucht uns nicht. Im Gegenteil: Es ginge ihr eigentlich besser, wenn sie uns los wäre. Es trifft am Schluss uns alle, wir haben es schon in vielen Voten gehört. Deshalb stehen auch wir in der Schweiz in der Verantwortung, wir mit unserem hohen Pro-Kopf-Konsum von fossilen Energien. Deshalb braucht es einen Verfassungsartikel, es braucht einen gesellschaftlichen Konsens. Wir dürfen uns auch nicht mehr so viele Jahre Zeit geben, um den Verfassungsartikel umzusetzen, wie wir es beim Gleichstellungsartikel getan haben.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Für die EDU-Fraktion ist die Kantonsverfassung ein sehr wichtiger Erlass. Drei Punkte sind dabei wichtig: Die Kantonsverfassung sollte in der Bevölkerung sehr breit abgestützt und akzeptiert sein. Die Kantonsverfassung sollte die wichtigsten Grundsätze, aber keine Details regeln. Die Kantonsverfassung soll längerfristig Bestand haben, aber nicht Tagesaktualitäten oder momentane Befindlichkeiten abbilden.

Die vorliegende parlamentarische Initiative zur Veränderung der Kantonsverfassung erfüllt diese Punkte nicht. Sie beginnt mit einer Begründung durch eine Hitze- und Trockenperiode während eines Sommers, des Sommers 2018, und fordert Einzelheiten, nämlich zwei Grad. Wenn unsere Vorgänger im Rat auch so überreagiert hätten, wäre das Waldsterben in der Verfassung verankert worden. Folgendes ist für uns der wichtigste Punkt: Wir zweifeln nicht die BaK oder den Grossen Rat an, aber eine bessere und treffendere Formulierung als diejenige im Artikel 31 der Kantonsverfassung [*Verfassung des Kantons Bern, KV / Constitution du canton de Berne, ConstC*] zum Thema Umwelt- oder Klimaschutz kann sich unsere Fraktion schlicht nicht vorstellen. In Artikel 31, Absatz 1 steht: «Die natürliche Umwelt ist für die gegenwärtigen und künftigen Generationen gesund zu erhalten.

Sie soll durch staatliche und private Tätigkeiten so wenig wie möglich belastet werden.» Absatz 2: «Die natürlichen Lebensgrundlagen dürfen nur so weit beansprucht werden, als ihre Erneuerungsfähigkeit und ihre Verfügbarkeit weiterhin gewährleistet bleiben.» Absatz 3: «Kanton und Gemeinden sorgen für den Schutz des Menschen und der natürlichen Umwelt vor schädlichen und lästigen Einwirkungen. [...]» Dies ist völlig genügend.

Wir sind uns bewusst, dass die vorläufige Zustimmung hier gut klingt. Man kann sich damit alles offenlassen, vielleicht einfach bis nach den Wahlen. Aber der Weg der parlamentarischen Initiative ist ein sehr aufwändiger und kostspieliger Weg: Vorläufige Unterstützung, Vorberatung mit Ausarbeitung eines Entwurfs mit Vortrag, Vernehmlassungsverfahren, Beratung im Grossen Rat, und zuletzt die Volksabstimmung. Auch dieser Vorstoss lässt sich leider, wie der vorangehende, nur der Kategorie «Symbolpolitik» zuordnen. Für das Klima tun wir konkret gar nichts. Solange der Lebensstandard immer weiter erhöht wird, unser Freizeit- und Konsumverhalten und unsere Wegwerfmentalität nicht grundlegend geändert werden und das Bevölkerungswachstum weitergeht, werden wir trotz Klimaerklärung und trotz Verfassungsänderung nichts für das Klima tun können.

Man prangert immer wieder die Autos und die Heizungen an, die sicher ein Teil davon sind. Man hat den Eindruck, dass man dieses Problem einfach so lösen könne. Allerdings gibt es auch neuere Erscheinungen, von denen man wenig hört. Zwei davon möchte ich kurz anführen: Gerade in den letzten Tagen haben wir vernommen, dass Schweizer Online-Shopper rund zehn Millionen Pakete an Zalando zurückschicken. Die Hälfte der Bestellungen wird retourniert. Die Uni Bamberg hat errechnet, dass dies eine CO₂-Belastung von 9000 Tonnen pro Jahr ergibt. Interessanterweise ist es nicht die Klientel, die hier drin sitzt, die davon am meisten betroffen ist. Am meisten wird Damen-Oberbekleidung zurückgeschickt. Da könnten ohne weiteres zwei Drittel der Produkte zurückgehen. Dafür würden schwarze Herrensocken äusserst selten retourniert. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Es gibt einen zweiten Punkt, der ebenfalls praktisch nie angesprochen wird: Laut dem BAFU beträgt der Anteil der Ernährung an der Gesamtumweltbelastung 28 Prozent. Food Waste in der Schweiz, also weggeworfene Lebensmittel: 2,6 Mio. Tonnen, davon 1 Mio. Tonnen durch die Haushalte. Das sind unnötige CO₂-Emissionen für die Produktion, die Verpackung und den Transport, abgesehen vom ethischen Aspekt.

Dies sind zwei Beispiele von Dingen, die wir auch nicht im Griff haben, und die wir weder mit einer Klimaerklärung noch mit einem Verfassungsartikel in den Griff bekommen werden. Aus diesen Gründen lehnt die EDU-Fraktion auch die vorläufige Unterstützung ab.

Michael Köppli, Wohlen b. Bern (glp). Nachdem mich die Kollegin Luginbühl gestern darauf hingewiesen hat, dass ich sehr ausführlich gewesen bin – was wahrscheinlich auch richtig ist – fasse ich mich heute kürzer. Die Argumente, warum wir diese parlamentarische Initiative vorläufig unterstützen, sind eigentlich dieselben, warum wir die Erklärung des Grossen Rates unterstützt haben. Einen Punkt möchte ich erwähnen: Wir unterstützen explizit vorläufig. Wir sind durchaus der Meinung, dass es an diesem Verfassungstext noch etwas zu optimieren gibt. Insbesondere der Punkt 5 scheint uns nicht ganz ausgereift zu sein, doch es ist alles möglich bei einer vorläufigen Unterstützung. Insbesondere haben wir den Eindruck, man müsse ganz konkret werden und benennen, wo der Kanton die grössten Handlungsmöglichkeiten hat. Dies ist einerseits beim Steuersystem, und andererseits bei den Infrastrukturbauten. Dies ist wichtig, denn aus diesem Verfassungsartikel sollen dann auch konkrete Gesetze abgeleitet werden. Aber wie gesagt, die vorläufige Unterstützung ist unbestritten.

Peter Flück, Interlaken (FDP). Die FDP-Fraktion hat der Klimaerklärung einstimmig zugestimmt und damit unter Beweis gestellt, dass uns der Klimaschutz wichtig ist. Ob jetzt das Thema Klima in der Verfassung verankert werden muss, ist in der FDP-Fraktion umstritten. Die Hälfte der Fraktion ist klar der Meinung, dass der Artikel 31, Absatz 2 der bestehenden Kantonsverfassung ausreichend ist und darin alles geschrieben steht, um das Thema «Klima» entsprechend anzugehen. Die andere Hälfte findet es wichtig, dass dieses Thema auch in der Verfassung niedergeschrieben wird, und erteilt damit der BaK den Auftrag, eine Formulierung zu finden, falls die Initiative so überwiesen wird. Mit der vorgeschlagenen Formulierung ist diese Hälfte der FDP-Fraktion nicht vollumfänglich einverstanden, aber sie ist der Meinung, dass der Klimaschutz in die Verfassung gehört.

Die Fraktion ist somit gespalten. Ich persönlich erlaube mir noch folgende Bemerkung: Ich bin froh, dass sie bei diesem Thema zumindest gespalten ist.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Die inhaltliche Diskussion über die Bedeutung und Dringlichkeit des Klimaschutzes haben wir jetzt in aller Ausführlichkeit geführt. Ich möchte allen Kolleginnen

und Kollegen für ihre Bereitschaft zu einer ernsthaften und offenen Auseinandersetzung fernab vom Parteibüchlein danken, die jenen Parteien angehören, die sich bisher mit diesem Thema schwegeltan haben. Dies konnte man hier im Rat feststellen. Ich denke jedoch, dass auch viele Ratsmitglieder, die häufig in der Natur arbeiten oder sich dort aufhalten, mittlerweile für den Klimaschutz sensibler worden sind, und möglicherweise auch das eigene Parteiprogramm zu diesem Thema ein wenig kritischer anschauen.

Die EVP-Fraktion unterstützt sowohl die inhaltliche Stossrichtung als auch das Instrument der parlamentarischen Initiative, welches hier verwendet wurde.

Wir befinden heute, wie wir gehört haben, nur über eine vorläufige Unterstützung dieser parlamentarischen Initiative. Danach wird die BaK einen Entwurf für einen Erlass erarbeiten, dazu einen Vortrag verfassen und ein Vernehmlassungsverfahren durchführen. Aus meiner Sicht ist die BaK auch das geeignete Gremium für diese Arbeit. Wir haben uns auch überlegt, ob man nicht eine Motion oder einen anderen Vorstoss hätte einreichen müssen. Ich habe die Kommissionsarbeit in der BaK als überparteiliche und sachliche und nicht als starre, ideologische Angelegenheit erlebt. Wir hören einander zu und versuchen, auch die anderen Positionen zu verstehen. Ich bin deshalb sehr optimistisch, dass sich die BaK dieser Aufgabe seriös annehmen wird.

Wir haben uns in unserer Fraktion bei der Diskussion dieser Vorlage auch gefragt, ob es den zusätzlichen Artikel in der Verfassung braucht. Eine Verfassung sollte nicht mit Inhalten von eher symbolischem Charakter oder fraglichem, normativem Gehalt belastet werden. In unserer direkten Demokratie ist die Wahrscheinlichkeit nicht gering, dass Regelungen in die Bundesverfassung Eingang finden, die sachlich betrachtet auf die Normstufe eines Gesetzes gehörten. Eine Verfassung sollte nicht zur politischen Tummelwiese verkommen – die Minarett-Initiative lässt grüssen. Dennoch sind wir hier ganz deutlich der Ansicht, dass der Klimaschutz als vordringliche gesellschaftliche und existenzielle Aufgabe einen Platz in der Verfassung erhalten muss. Es handelt sich um eine Form der Konkretisierung des allgemeineren Inhalts von Artikel 31 über den Schutz der natürlichen Umwelt. Es ist sinnvoll, dies so zu konkretisieren. Jetzt wende ich mich an die SVP, und namentlich an Patrick Freudiger: Es ist mehr dabei als warme Luft. Er darf somit hier zustimmen.

Alfred Bärtschi, Lützelflüh (SVP). Der Vorstoss, den wir hier zu behandeln haben, ist aus meiner Sicht trotzdem nicht viel mehr als warme Luft; alles, was wir tun wollen, können wir anhand der alten, heute gültigen Kantonsverfassung tun. Es gibt nichts, das wir nicht tun können. Wir können mit dieser Verfassung mit dem Volk sprechen. Frau Kollegin Hässig, wir können mit denjenigen Leuten, mit denen wir dies wollen, über dieses Thema diskutieren. Es ist absolut unnötig, die Kommission eine Weile arbeiten und einen Gesetzesvorstoss ausarbeiten zu lassen. Dieser gelangt dann in den Grossen Rat und wird dort bearbeitet, und danach folgt noch eine Volksabstimmung. Dies ist nichts als Arbeitsbeschaffung für das Parlament, für die Kommission, und am Ende für das Volk, welches wir auch noch damit bemühen, darüber zu befinden. Die SVP lehnt dies einstimmig ab.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprechern. Als Erstes spricht Grossrat Erich Hess.

Erich Hess, Bern (SVP). Ich denke, diese ganze Klimadebatte hier ist ein billiger Wahlkampftrick aller Grünen und Linken und all derer, die sich vor den Wahlen noch ein grünes Mäntelchen anziehen wollen. Wir wissen es: Vom weltweiten CO₂-Ausstoss stammen 97 Prozent aus natürlichen Quellen. Sprich, 3 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstosses sind vom Menschen verursacht. Schon dies zeigt, welchen grossen Einfluss der Mensch auf das weltweite Klima hat – oder vielmehr, dass er keinen Einfluss hat. Jetzt rechnen wir diese 3 Prozent herunter auf die Schweiz. Das gibt 0,000001 oder etwas Ähnliches. Rechnen wir es auf den Kanton Bern herunter, ergibt es 0,0000000-gar nichts. Sprich, wir können hier im Kanton Bern Massnahmen treffen wie wir wollen, wenn Sie der Meinung sind, dass Sie damit das weltweite Klima auch nur einen Millimeter in die eine oder andere Richtung korrigieren können, dann muss ich Ihnen beim besten Willen Blauäugigkeit vorwerfen. Es sind doch in diesem Saal alles erwachsene Leute anwesend, die nicht so blauäugig sind! Ich verstehe ja, dass die Schüler auf die Strasse gehen, die auf den Wahlkampf hin von den rot-grünen Parteien instrumentalisiert werden. Sie schicken die Kindersoldaten auf die Strasse, damit diese auf der Strasse ihre Ideologie vertreten. Ich selber wäre als Schüler wahrscheinlich auch demonstrieren gegangen, aber nur aus einem einzigen Grund: Ich hätte dadurch ein wenig schulfrei gehabt. Ich bin nämlich nie gerne zur Schule gegangen. Ich wäre lieber einen Tag lang auf der Strasse gewesen. *(Heiterkeit / Hilarité)*

Aber hier müssen die rot-grünen Parteien aus meiner Sicht ein schlechtes Gewissen haben, weil sie

die Kinder auf diese Weise missbrauchen. Deshalb: Wir brauchen in der Verfassung keinen irgendwie niedergeschriebenen Klimaschutz. Die Erklärung, die vorhin beschlossen wurde, ist auch völlig überflüssig. Es zeigt nur, wie blauäugig gewisse Leute in diesem Saal sind. Ich bitte Sie, die Vernunft walten zu lassen und den Klimaschutzartikel in der Verfassung ganz sicher nicht zu verabschieden. Leben Sie mit gutem, gesundem Gewissen! Ich fahre mit gutem Gewissen Auto und fliege nächstes Wochenende mit gutem Gewissen nach Wien und wieder zurück. Ich erhebe nicht den Anspruch, irgendetwas am Klima korrigieren zu können. Wir hatten schon immer wärmere und kältere Zeiten auf diesem Planeten.

Anne Speiser-Niess, Zweisimmen (SVP). Als Erstes möchte ich Jakob Schwarz danken. Er hat bereits ganz wichtige Dinge zur Verfassung gesagt, die ich nicht mehr wiederholen muss. Ich gebe gerne meinen privaten Klima-Fussabdruck bekannt, weil die SVP meist in die Ecke derjenigen gedrängt wird, die nichts oder nur wenig für das Klima tun. Wir haben im Jahr 1987 ein Zwei-Generationen-Haus gebaut und schon damals eine Wärmepumpe eingebaut, die bestens funktioniert. Wir haben vor zwei Jahren zugunsten eines aktiven Klimaschutzes in diesem Zwei-Generationen-Haus einen Wohnungswechsel vorgenommen: Mein Mann und ich wohnen jetzt in einer Dreizimmerwohnung. Die grosse Wohnung haben wir der Tochter, dem Schwiegersohn und ihren beiden Kindern übergeben. Soviel zu meinem privaten Klima-Fussabdruck.

Was ist effektiv betroffen, wenn wir den Klimaschutz verändern wollen? Es ist das Landschaftsschutzgesetz und die Denkmalpflege. Ich habe einmal gelesen, dass man die Gestaltungsspielräume ausloten solle. Dies wurde von linker Seite eingebracht. Das ist so. Dann müssen sich jedoch verschiedene Institutionen einmal gewaltig aus ihrer Komfortzone und aus der «Verhinderungszone» bewegen und mithelfen, in konstruktiver Weise Dinge zu bewilligen. Wir haben es heute schon gehört, es geht um Wasserkraft, Windkraft, und so weiter.

Einen weiteren wichtigen Punkt habe ich hier schon oftmals erwähnt: Wenn wir aktiven Klimaschutz betreiben wollen, müssen wir einmal deutlich gegen die Zentralisierung vorgehen und Beschlüsse fassen. Es ist die einzige gangbare Konsequenz für den ländlichen Raum, dass nicht alles in der Stadt stattfindet, sondern auch abseits der Stadt. Dies ist die beste Alternative.

Dann wurde heute ein paarmal das Verursacherprinzip erwähnt. Das Verursacherprinzip ist für die Stadt und die Agglomeration einfach umsetzbar, denn hier ist ein gut ausgebauter ÖV vorhanden. Sehr viele kleine Gemeinden haben schlichtweg keinen ÖV. Genau diese sollen dann bestraft werden.

Zur Nachhaltigkeit: Ich war enttäuscht, dass der Vorschlag von Lars Guggisberg nicht durchkam. Wenn wir nicht bereit sind, Produkte aus der Schweiz zu priorisieren und die Produkte unserer Landwirtschaft zu nutzen – ob Fleisch, Milchprodukte, Gemüse oder Holz – und auch nicht bereit sind, uns hier stärker zu engagieren, dann erzeugen wir hier drin wirklich nur heisse Luft.

Deshalb bin ich einig mit Jakob Schwarz, der gesagt hat, dass unsere Verfassung gut so ist, wie sie ist. Ich werde den Artikel 31a ablehnen.

Antonio Bauen, Bern (Grüne). Ich wünsche Erich Hess einen guten Flug nach Absurdistan. Das Beste, was Sie tun können, ist, ein Einfach-Ticket zu lösen! (*Heiterkeit / Hilarité*) Spass beiseite. Ich möchte an dieser Stelle für die vorangehende Diskussion danken. Sie hat eine grosse Einigkeit in dieser Thematik gezeigt. Wir haben gesehen, dass es nicht nur diesen Schritt braucht; es braucht nicht nur diese Erklärung, die wir grossmehrheitlich verabschieden durften und die doch ein deutliches Zeichen setzt für ein gemeinsames Weiterkommen.

Wir haben vorhin ein paarmal gehört, dass dies einfach der erste Schritt von vielen sei, vielleicht von tausenden oder noch mehr Schritten, die wir jetzt angehen möchten, und dies hoffentlich gemeinsam und solidarisch mit Blick aufs Ganze und auf das Weiterkommen. Wir haben jetzt die Möglichkeit, den zweiten Schritt zu tun. Die Erklärung ist vielleicht ein wenig schwammig und allgemein und etwas zu wenig verbindlich. Wenn wir diese Aussagen in die Verfassung aufnehmen, entsteht eine verbindliche Sache, auf die wir uns viel stärker beziehen können, die länger Bestand hat und die nicht in einer Schublade verschwinden kann. Machen wir gemeinsam den zweiten Schritt, so wie wir vorhin den ersten Schritt gemacht haben. Geben wir den Weg frei, um einen Verfassungsartikel auszuarbeiten!

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Zwei oder drei Voten haben mich dazu veranlasst, ans Rednerpult zu treten. 97 Prozent des CO₂ wird nicht vom Menschen gemacht. Das ist so. Das Problem sind nicht diese 97 Prozent. Diese sind im Gleichgewicht. Das Problem sind die 3 Prozent, die

sich jährlich kumulieren. Darüber muss man sprechen. Dies ist auch eine Tatsache.

Dann zu den zurückgeschickten Kleidern: Diese verursachen 9000 Tonnen CO₂. Das ist eine immense Menge. Ein Vergleich: Wir haben in der Gemeinde Wohlen ein Leuchtturm-Projekt auf die Beine gestellt. Im Kappelenring hat es etwa 1000 Wohnungen. Knapp 4000 Personen wohnen darin. Diese Wohnungen werden wir in etwa einem Jahr mit Aarewasser heizen. Damit können wir 3000 Tonnen CO₂ einsparen.

Diese beiden Punkte wollte ich noch ergänzen. Unterstützen Sie die parlamentarische Initiative. Vielen Dank.

Mohamed Hamdaoui, Biel / Bienne (PDC). En matière de politique climatique, permettez-moi de faire une petite métaphore : toutes et tous avons embarqué dans un avion. Cet avion a décollé. Il a atteint sa vitesse et son altitude de croisière, mais nous nous rendons compte que nous avons oublié l'essentiel : nous avons oublié de construire une piste d'atterrissage. Or, il est encore temps d'éviter le crash.

Il y a quelques jours, j'avais été invité à participer à une discussion sur ce sujet avec des étudiants du gymnase français de Bienne. Nombre d'entre eux participent aux grèves climatiques, et ils le font volontairement. J'avais été bouleversé par leur gravité et par la profondeur de leurs inquiétudes, mais j'avais aussi été impressionné en découvrant leurs propositions, des propositions souvent concrètes, pour tenter de construire ensemble cette fameuse piste d'atterrissage. Cependant, certaines de leurs propositions se heurtent aux lenteurs du fédéralisme, ou alors sont contraires aux traités internationaux que nous avons signés. En matière de politique climatique aussi, la politique est semée d'embûches. Mais une chose est sûre pour moi : nous devons changer de priorités, y compris sur le plan budgétaire. Nous avons de la matière grise dans notre canton et dans notre pays, mais pas forcément assez de moyens. Or, c'est en investissant massivement et en priorité dans les domaines liés à l'environnement, que l'on pourra développer des outils respectueux du climat et de l'environnement, notamment dans le domaine de la mobilité, de l'agriculture et de l'énergie, mais aussi pour veiller à ce que les pays du sud puissent nous accompagner dans ce combat qui est commun. Quitte à dépenser moins dans d'autres domaines qui ne se fichent pas mal du climat, comme par exemple les routes ou la bétonisation à outrance. Faute de quoi, et à moins de prendre des mesures socialement et économiquement douloureuses, le crash sera inévitable, or en règle générale, les crashes causent énormément de dégâts, raison pour laquelle je soutiendrai cette proposition.

Präsident. Als nächster Einzelsprecher hat Michel Seiler das Wort. In einer Minute werde ich die Rednerliste schliessen.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Wenn unser Ziel das Erreichen des Pariser Abkommens ist, das etwa 10 000 Stufen kennt, dann haben wir heute, wenn wir Glück haben, die erste Stufe erreicht. Wenn wir weiterkommen wollen, müssen wir alle über unseren Schatten springen. Natürlich ist die Welt ungerecht. Nicht alle haben gleich viel Schatten und Dunkelheit, die man überspringen muss. Ich hoffe hier auf eine Entwicklung.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP). Ich möchte zwei Punkte erwähnen, die ich heute hier drin, denke ich, noch nicht gehört habe. Es geht darum, dass die Menschen sehr viel zur CO₂-Produktion beitragen. Jeder Mensch produziert im Jahr 200 Kilo CO₂. Wenn man sich ein bisschen bewegt, ist es sogar mehr als doppelt so viel, nämlich mehr als 500 Kilo CO₂. Wir sollten uns also weniger bewegen. Weil sich die Menschheit in kurzer Zeit auf acht Milliarden Menschen verdoppelt hat, gibt es etwa zwei Milliarden Tonnen CO₂ pro Jahr. Was können wir da tun? Wir in der Schweiz könnten sicher in die Forschung investieren und erforschen, wie man CO₂ binden kann. Die Forscher tun dies bereits. Setzen wir uns dafür ein, den Waldbestand, die Landwirtschaft und die Pflanzen so bestehen zu lassen, wie sie heute sind. Ich denke hier an die Stadt Bern, die zwar eine grüne Stadt ist, aber das ganze Viererfeld überbauen und meines Wissens rund 7000 Leute dort wohnen lassen will. Jetzt ist es noch eine Landwirtschaftszone. Sie haben im Bremgartenwald gerodet. Dabei wäre es wichtig, möglichst Pflanzen und insbesondere Wälder auf- und nicht abzubauen. Ich denke, Sie alle in diesem Saal wissen, dass die Pflanzen am CO₂ Freude haben und dieses in Sauerstoff umwandeln. Denken wir auch daran.

Luc Mentha, Liebefeld (SP). Ich habe das Bedürfnis, hier auch noch ein paar Worte zu sagen. Der Klimawandel ist nach meiner persönlichen Auffassung eines der ganz grossen Probleme. Er ist eine

der grössten Herausforderungen und Gefahren, die die Welt heute bedrohen, auch unseren Kanton und unser Land. Deshalb müssen wir handeln. An die Adresse der SVP: Der Klimawandel wird dramatische Folgen für die Migration haben, wenn ganze Erdteile unbewohnbar werden und Staaten wie beispielsweise die Malediven von der Landkarte verschwinden, weil der Meeresspiegel weiter steigt. Diese Problematik anerkenne ich. Deshalb müssen wir etwas gegen den Klimawandel unternehmen. Der Klimawandel wird auch dramatische Folgen haben für unsere Landwirtschaft, wenn wir nichts tun.

Weiter erwähne ich folgende Überlegung: Es geht heute erst einmal um die vorläufige Unterstützung. Ich bin persönlich auch davon überzeugt, dass wir nachher in der BaK Sachverständige beiziehen müssen. Wir müssen insbesondere auch Verfassungsrechtler beiziehen, damit wir eine Verfassungsbestimmung vorschlagen können, die gegenüber den bestehenden Bestimmungen zum Umweltschutz in der Verfassung einen Mehrwert darstellt.

Eine dritte Bemerkung, die halt auch wieder an die Adresse der SVP geht: Es ist bedauerlich, wenn man in den Medien lesen muss, dass der Herr Nationalrat Köppel, der neue Chefideologe der SVP, sagt, es handle sich beim Kampf gegen den Klimawandel um eine Modeströmung, die Leute würden überbeissen und hyperventilieren und hätten bezüglich dieser Problematik das Hirn ausgeschaltet. Es ist sehr schade, wenn man solche Töne hört. Ich bin froh, dass man heute in der Debatte von Seiten der SVP auch andere Töne gehört hat und bei der Erklärung auch Enthaltungen feststellen durfte. Es ist meine feste persönliche Überzeugung, dass wir auf allen Stufen etwas tun müssen, auch auf kantonaler Ebene. Es ist sicher richtig, wenn wir mit einer Verfassungsbestimmung bei der bernischen Bevölkerung eine starke Legitimation abholen.

Es wurde auch argumentiert, es ginge um ein «0,0000-nichts-Problem». Das ist etwa dieselbe Überlegung, wie wenn jemand sagte, er bezahle keine Steuern, dies sei überhaupt nicht nötig, denn sein Beitrag an die Einkünfte des Kantons betrügen nur 0,0000-nichts. Diese Argumentation ist meiner Meinung nach sehr schwach. Ich werde die vorläufige Unterstützung deshalb mittragen, und bitte Sie, dies ebenfalls zu tun.

Präsident. Lieber Luc Mentha, wenn jemand behauptet, jemand anderes würde sein Hirn ausschalten, dann sagt er damit, dass dieser überhaupt ein Hirn hat. Das ist doch positiv, das kann man nicht von allen behaupten! (*Heiterkeit / Hilarité*) Martin Schlup hat das Wort.

Martin Schlup, Schüpfen (SVP). Luc Mentha, ich kann Sie beruhigen: Auch, wenn wir Ideologen haben, können wir alle selber denken und haben wohl auch eine eigene Meinung. Manchmal ist es dieselbe, aber dies ist auf Ihrer Seite auch nicht anders.

Die Nachhaltigkeit steht eigentlich schon in unserer Verfassung. Dies muss sicher ein Ziel sein, darin gebe ich Ihnen allen recht. Es kann nicht sein, dass jeder denkt, «nach mir die Sintflut, ich lebe mal so weiter, und was später kommt, ist egal». Das geht nicht. Aber wir müssen uns selber an der Nase nehmen. Es ist gleichwohl so, dass es im Moment ein wenig ein Hype ist. Es kommt mir manchmal vor, als würde jeder möglichst viel darüber sprechen, wie man es machen müsste und wie es besser wäre, dann braucht er seine Lebensart nicht zu überdenken und hat sein Gewissen beruhigt, und für ihn ist es dann erledigt.

Ich kann Ihnen schon jetzt sagen, dass der Pflingstverkehr am nächsten Wochenende sein wird wie während der letzten fünfzig Jahre. Wahrscheinlich wird er noch etwas zunehmen. Es will wieder jeder irgendwohin gehen. Man ist in den Ferien und geniesst es, das ist auch richtig so. Aber keiner denkt gross darüber nach, dass er etwas fürs Klima tun könnte. Es wird einfach Vollgas gegeben. Es gibt manch einen, der zuhause bleibt, vielleicht ein Bauer, der hier definitiv die bessere Ökobilanz hat, ohne dass er etwas an die grosse Glocke hängen muss.

Ich denke, wir brauchen diese Diskussion, das ist so. Aber bitte auch etwas sachlich. Zudem muss jeder auch bei sich selber hinschauen. Das Hauptproblem der Erde, das sage ich gleich vorweg, ist unsere grosse Wegwerfgesellschaft und unsere grosse Mobilität. Wir können hier schon übers Autofahren sprechen. Aber derjenige, der mit der Bahn jeden Tag von Bern nach Zürich und zurückfährt, verbraucht auch Energie, auch wenn er den ÖV benutzt und Strom benötigt. Auch die Eisenbahn braucht einen Unterhalt. Es ist genau dasselbe.

Zur Wegwerfgesellschaft: Achten Sie sich darauf, es gibt fast keine Produkte mehr, die man reparieren kann, wenn sie ein wenig kaputt sind. Nein, es wird alles weggeworfen und ersetzt. Dort müssen wir ebenfalls hinschauen. Dies ist wichtig, es sind Ressourcen, um die wir kämpfen. In anderen Ländern werden Leute dafür unter unmenschlichen Bedingungen schufteten, und es entstehen grosse Probleme. Jeder kann bei sich selber schauen, wieviele solche Dinge er haben will, und ob er es

überhaupt will. «Geiz ist geil» ist auch so ein Sprichwort, welches sich in den letzten zwanzig, dreissig Jahren durchgesetzt hat. Was heisst das? Wir schieben heute Einzelteile fast in der ganzen Welt hin und her. Auch ich mache zwischendurch Transporte. Nur weil es ein bisschen billiger ist, werden Einzelteile durch halb Europa oder manchmal um die ganze Welt herumgeschoben, bis sie am Schluss zusammengebaut werden. Dies ist auch etwas, das wir bedenken müssen.

Noch etwas: Die Fluggesellschaften sind schon so weit, dass sie sogar billigeres Personal zum Arbeitsort fliegen, um Kosten zu sparen. Dazu kann man nicht mehr viel sagen ...

Wir schauen zur Umwelt, aber jeder soll bitte selber schauen, wo er etwas tun kann, und dies bitte mit weitem Horizont.

Präsident. Wir kommen damit zur Abstimmung über die vorläufige Zustimmung zur parlamentarischen Initiative. Wer die parlamentarische Initiative vorläufig unterstützt, stimmt Ja, wer die vorläufige Unterstützung ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative Vanoni [Zollikofen, Grüne]
Vote (Approbation du soutien provisoire de l'initiative parlementaire Vanoni [Zollikofen, Les Verts])

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 90

Nein / Non 59

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben der parlamentarischen Initiative vorläufige Unterstützung gewährt, mit 90 Ja-gegen 59 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.